

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2010-10-12

Dezernat/ Amt: I / Amt für
Hauptverwaltung
Bearbeiter: Herr Axel Kleinschmidt
Telefon: 545-1265

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00610/2010

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Widerspruch der Oberbürgermeisterin gem. § 33 Abs. 1 S. 1 KV M-V

Beschlussvorschlag

Dem Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 28.09.2010 gegen den Beschluss der Stadtvertretung vom 20.09.2010 – Drucksache Nr. 00566/2010 wird stattgegeben.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Mit dem angefochtenen Beschluss ist die Oberbürgermeisterin beauftragt worden, keine Neubesetzung des Leiters des Amtes für Stadtentwicklung vorzunehmen und den Aufgabenbereich des Amtes für Stadtentwicklung künftig im Amt für Wirtschaft und Liegenschaften anzusiedeln.

Die Oberbürgermeisterin hat diesem Beschluss gemäß § 33 Abs. 1 Satz 1 KV M-V zu Recht widersprochen. Nach der vorgenannten Vorschrift hat die Oberbürgermeisterin einem Beschluss der Gemeindevertretung zu widersprechen, wenn dieser das Recht verletzt.

Der Beschluss verletzt das Recht.

Die Stadtvertretung ist die sachlich unzuständige Behörde.

Nach §§ 38 Abs. 7 Satz 1 iVm 22 Abs. 3 Nr. 4,5 KV M-V obliegt die Regelung der inneren Organisation der Verwaltung und der Geschäftsverteilung ausschließlich der Oberbürgermeisterin, soweit es sich nicht um allgemeine Grundsätze, nach denen die Verwaltung geführt werden soll oder um Grundsätze der Personalentscheidungen handelt.

Die Stadtvertretung hat gem. § 33 Abs. 1 Satz 5 KV M-V über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung beschließen.

Die angegriffene Beschlussvorlage, der angegriffene Beschluss und das

Widerspruchsschreiben sind als Anlagen beigefügt.

2. Notwendigkeit

Die Beauftragung der Oberbürgermeisterin, keine Neubesetzung des Leiters des Amtes für Stadtentwicklung vorzunehmen und den Aufgabenbereich des Amtes für Stadtentwicklung künftig im Amt für Wirtschaft und Liegenschaften anzusiedeln, ist rechtswidrig und dem Widerspruch ist daher stattzugeben.

3. Alternativen

-

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

-

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

-

6. Finanzielle Auswirkungen

-

Anlagen:

Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen DS 00566/2010
Beschluss vom 20.09.2010
Widerspruch der Oberbürgermeisterin vom 27.09.2010

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin